

EINLADUNG

10. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 03.11.2022, 17:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften der 8. und 9. Sitzung
- 3 Mitteilungen des Kinder- und Jugendparlaments
- 4 Kinder- und Jugendschutz in Pandemie-Zeiten aktiv stärken **1918/5**
CDU-Fraktion
- 5 Hortantrag vereinfachen **0095/6**
SPD-Fraktion
- 6 Europa stärken **0101/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Stadt der Kinder **0128/6**
SPD-Fraktion
- 8 Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in **0129/6**
Westend schaffen
CDU-Fraktion
(JHA m., HH ffd.)
- 9 Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen **0179/6**
FDP-Fraktion
(JHA m., HH ffd.)
- 10 Familienzentrum für Alle **0204/6**
SPD-Fraktion
- 11 Jugendfreizeiten aufstocken **0244/6**
SPD-Fraktion
- 12 Familienfreizeiten inklusiv gestalten **0282/6**
CDU-Fraktion

13 Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk stärken
Fraktion DIE LINKE

0291/6

- 14 Mitteilungen
- a. Der Vorsitzenden
 - b. Der Verwaltung / Fragen an die Verwaltung
 - c. Der Freien Träger und Verbände
 - d. Der Arbeitsgemeinschaften
 - e. Des Bezirksselternausschusses der Kindertagesstätten
 - f. Des Bezirksschulbeirates

15 Verschiedenes

16 Nächster Sitzungstermin: 01. Dezember 2022

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

A. Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Klose/Förschler/Wagner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1918/5**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium***Kinder- und Jugendschutz in Pandemie-Zeiten aktiv stärken**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die aktuellen Unterstützungsangebote des Jugend - und Schulamtes für Kinder und Jugendliche zur Bewältigung der Probleme der Corona-Pandemie auf seiner Website darzustellen. Des Weiteren soll das BA ein Konzept zur Bewältigung der Langzeitfolgen erarbeiten.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Ggf. mündlich.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0095/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Hortantrag vereinfachen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der Beantragung eines Hortgut-scheins und des Abschlusses eines Betreuungsvertrages, das Verwaltungsverfahren für den Bürger*innen durch direkte Kommunikation zwischen der jeweiligen Schule und dem Jugendamt ggfs. mit einer entsprechenden Einwilligung gem. Art. 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO vereinfacht werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2022 zu berichten.

Begründung:

Durch den Wegfall des mehrfachen Versands zwischen Schule, Erziehungsberechtigten und Jugendamt können die Verfahren zu Gunsten aller Beteiligten erheblich beschleunigt und vereinfacht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/de Souza Martins

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0101/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Europa stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Rahmen des europäischen Jahres der Jugend auf die geplanten Veranstaltungen hinzuweisen und selber Veranstaltungen anzubieten, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken und die Möglichkeiten des europäischen Austauschs zu fördern.

Der BVV ist bis zum 30.8. 2022 zu berichten.

Begründung:

Gerade jetzt ist es wichtig, Europa zu stärken und die Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0128/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Stadt der Kinder

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Bezirk der Kinder weiterentwickelt. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Angelehnt an das Konzept „Raum für Kinder“ des Bezirksamtes Spandau, soll die Beteiligung von Kindern an Spielplatz Neu- und Umbauten verstärkt werden.
- Die bestehende Auflistung auf der Internetseite des Bezirksamtes soll in einer kindgerechten Form aufbereitet und regelmäßig aktualisiert werden.
- Einmal im Jahr sollen sogenannte Spielplatztage im Bezirk stattfinden, dabei werden Angebote auf den verschiedenen Spielplätzen unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen durchgeführt. Im Zentrum der Spielplatztage soll ein Abschlussfest auf einem zentralen (Spiel-)Platz stehen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf besitzt als Innenstadtbezirk sehr wenig Spielflächen. Inzwischen gibt es Konkurrenzdruck zwischen den wenigen bezirkseigenen Flächen. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, dass wir die wenigen Spielflächen pflegen und entsprechend Instandhalten. Diese Instandsetzungen sollen gemeinsam mit den Kindern vor Ort erfolgen. Das Konzept des Bezirksamtes Spandau, „Raum für Kinder“ biete einen Ansatz an, wie mit Beteiligung von Kindern umgegangen werden kann. Darüber hinaus werden bei „Raum für Kinder“ auch Projektpartner*innen und Sponsor*innen mit in die Planung einbezogen. Wichtiges Element ist dabei eine zentrale Webseite, auf der alle

Spielplätze aufgeführt werden. Einmal im Jahr gibt es darüber hinaus ein bezirksweites Fest: die Spielplatztage. Unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen werden kleine Feste auf den Spielplätzen ausgerichtet, um mit einem zentralen großen Kinderfest die Spielplatztage enden zu lassen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0129/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Zeh

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0179/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mögliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der offenen Kinder- und Jugendarbeit die durch eine Schwangerschaft oder eine beantragte Elternzeit beruflich ausfallen, hierfür schnellstmöglich befristete Stellen auszuschreiben, um damit den Arbeitsausfall zu kompensieren.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat dramatische Folgen, so dass Angebote in den Einrichtungen nicht stattfinden können oder es zu einer dauerhaften Unterbesetzung des Personals kommt. Durch rechtlich zustehenden Urlaub der Mitarbeiter, Ferienfahrten aber auch durch einen krankheitsbedingten Ausfall, ist eine vorübergehende Schließung von Jugendeinrichtungen oftmals die Folge. Das Bezirksamt muss dafür sorgen den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Eine dauerhafte Unterbesetzung ist somit keine Alternative! Da auch bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Finanzierung über die Krankenkassen erfolgt und nicht weiter über das Bezirksamt, stehen die Gelder durchaus zur Verfügung. Deshalb sollten diese Gelder auch umgehend dafür eingesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0204/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Familienzentrum für Alle

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll langfristig in jedem Sozialraum des Bezirkes ein Familienzentrum errichten. Hierzu sind auch Kooperationen mit bestehenden Einrichtungen, wie Jugendzentren oder Stadtteilzentren möglich.

Als nächste Bedarfsregion soll dabei ein Familienzentrum in Charlottenburg-City entstehen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Familienzentren haben sich in Berlin als ein fester Baustein in der Angebots- und Versorgungsstruktur von Familien etabliert. Sie sind Anlaufstelle für Eltern mit Kindern, um zum Beispiel gemeinsam in Krabbelgruppen in den Austausch zu kommen oder Beratungen in Familienangelegenheiten zu erhalten. Die Familienzentren bilden einen wichtigen Baustein, um Familien bestmöglich zu unterstützen, Raum für Angebote zu schaffen oder auch erste Anlaufstelle bei Sorgen und Problemen zu sein. Eine Stärkung der Familienzentren und Ausweitung der Angebote ist daher ein wichtiger Baustein der Familienförderung im Bezirk.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0244/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Jugendfreizeiten aufstocken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert für die Kinder- und Jugendfreizeiten in den Ferien mehr Kapazitäten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Viele Familien können sich bereits jetzt schon keine gemeinsame Urlaube mehr leisten. Oft haben auch Horte nur sogenannte Feriennotbetreuungen. Kinder ab der 3. Klasse zahlen zusätzlich für die Ferienbetreuung im Hort und Kinder ab der 5. Klasse haben nur noch eine eingeschränkte Möglichkeit zur Betreuung in den Schulen. Daher ist es wichtig, dass die Ferienprogramme und Freizeitfahrten des Jugendamtes und der freien Träger aufgestockt werden. Denn Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erholung, gemeinsame Ausflüge und wichtige Erfahrungen in der Schulfreien Zeit, unabhängig von dem Budget ihrer Eltern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Zucker/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0282/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Familienfreizeiten inklusiv gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den freien Trägern Angebote von Familienfreizeiten für Eltern von Kindern mit einer Behinderung zu schaffen, um eine Entlastung der Familiensituation zu bewirken.

Begründung:

Entsprechend des Familienfördergesetz stehen Familien im Fokus mit unterschiedlichen Angeboten.

Wenn ein Kind mit einer Behinderung in eine Familie hineingeboren wird, sind andere Problematiken vordergründig und die Eltern müssen sich mit anderen Alltagssituationen auseinandersetzen. Wenn ein breitgefächertes Angebot für Familienfreizeiten für diese Personengruppe geschaffen wird, kann eine deutliche Entlastung geschaffen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0291/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk durch personelle Aufstockung im Umfang der hierfür von der Senatsverwaltung zur Verfügung gestellten Mittel für den Doppelhaushalt 2022/23 zu stärken.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Mittel für die freien Träger sind im Landeshaushalt bei 1045/68422 eingestellt. Die Stärkung der öffentlichen EFB in den Bezirken erfolgt im Umfang von 1 Mio. über das Flexi-Budget (2710/68435). Das sind insgesamt 1 Mio. Euro für 2023, die direkt in die Bezirke und hier in die öffentlichen Erziehungs- und Familienberatungsstellen gehen. Dafür sorgt eine verbindliche Erläuterung bei 2710/68435. Dazu gibt es auch einen Auf-lagenbeschluss mit der Nummer 84. Danach muss der Senat zum 30. Juni 2023 dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses berichten, wie die zusätzlichen Mittel zweck-entsprechend umgesetzt werden.